

Greenhatten statt Rheinhatten

Eine Arbeitsgruppe denkt über ein Öko-Hafenareal nach

Von Dominik Heitz

Basel. Sie sind zu viert und haben die Arbeitsgruppe Greenhatten gegründet: Sonja Back, Philippe Bovet, Susanne Kress und Tonja Zürcher. Alle sind sie Mitglied der Begleitgruppe Hafententwicklung, und ihr Ziel ist es, der bisherigen Hafententwicklung mit Hochhäusern ein «zukunftsgerichtetes genossenschaftliches Ökoquartier» entgegenzusetzen, «das den Zielen Basels und den Bedürfnissen der Anwohner gerecht wird». Auf den Punkt gebracht heisst das: Greenhatten statt Rheinhatten.

Die Forderung der AG Greenhatten für die Hafententwicklung ist einfach: ein genossenschaftliches 2000-Watt-Leuchtturmprojekt für die Schweiz und das Dreiland mit internationaler Ausstrahlung. Darüber hinaus sollen die Bedürfnisse der anliegenden Quartiere Berücksichtigung finden. Nach der ihrer Meinung nach verpassten Chance mit dem Erlentmatt-Areal müsse die Stadt nun die Gelegenheit packen, ein wegweisendes Öko-Quartier zu bauen.

Genossenschaften

Gemäss der AG Greenhatten soll das Vorzeigquartier «Lösungen für heutige ökologische und gesellschaftliche Probleme bieten». Es soll mehr Energie produzieren, als es verbraucht, und zwar aus 100 Prozent erneuerbaren Quellen. Dabei soll auch die graue Energie berücksichtigt werden, und die bestehenden Gebäude sollen erhalten bleiben. Des Weiteren soll das neue Viertel absolut autofrei sein; eine Autobrücke nach Hünningen würde dadurch unnötig. Um den Energie- und Flächenverbrauch zu reduzieren, sieht die AG Greenhatten auch keine Hochhäuser, grosszügige Lofts und Wohnungen, sondern normale Wohnflächen und dafür grössere Grünflächen.

Die AG Greenhatten strebt ein «vielfältiges, sozial durchmisches und engagiertes Viertel mit Lebensqualität sowie sozialen und baulichen Verbindungen zu den Quartieren Klybeck und Kleinhüningen an». Und sie schlägt hier vor, dass alle Gebäude, ob zum Arbeiten oder zum Wohnen, von Genossenschaften zu planen und zu bauen seien. Dadurch wären die neuen Wohnungen zum grössten Teil auch von finanziell schwächeren Personen, Familien, Studierenden und älteren Menschen bezahlbar.

Für das Zusammenwachsen des neuen Quartiers mit dem Klybeck und Kleinhüningen sei die Inselidee hinderlich, heisst es. Die AG stellt aus diesen und finanziellen Gründen die Insel infrage. Stattdessen soll eine neue, grosse Grünfläche entstehen.

www.greenhatten.ch



Rezepte der SVP. Die Volkspartei setzt in ihrer Wahlpropaganda auf einfache Zutaten.

SVP hat «die besten Rezepte für Basel»

Die grösste bürgerliche Partei will einen Regierungs- und zwei neue Grossratsitze

Von Raphael Suter

Basel. Die Exponenten der SVP haben nicht den Ruf, um den heissen Brei herzumzureden und ihre politischen Gegner zu schonen. Das war auch gestern so, als die Parteileitung die Kampagne für die bevorstehenden Regierungs- und Grossratswahlen vorstellte. «Die schwarzen Zahlen in unserer Staatsrechnung haben wir nicht wegen, sondern trotz Frau Herzog», meinte etwa SVP-Vorstandsmitglied Oskar Herzig-Jonasch.

SVP-Vizepräsident Eduard Rutschmann unterstellte den Basler Parteien, sie würden jetzt auf den «Freiräume-Zug aufspringen», nachdem sich die SVP «als einzige Partei schon seit Jahren konsequent für ein wohnlicheres Basel einsetzt». Und Parteipräsident und Nationalrat Sebastian Frehner zeigte sich erstaunt über Christophe Haller, «der sich jetzt plötzlich wahnsinnig um die Sicherheit sorgt», nachdem er die Sicherheitsinitiative der SVP abgelehnt habe. Auch SP-Fraktionspräsidentin Tanja Soland bekam ihr Fett weg, indem Frehner ihr unterstellte, sie verarmlose Gewalttaten an Frauen in der Öffentlichkeit.

Wenn es um die Kernthemen «Sicherheit», «Wohnlichkeit» und «Stand-

ortattraktivität» geht, ist die Partei überzeugt: «Die SVP hat die besten Rezepte.» Diese sollen der Wählerschaft in Form von Rezeptbüchern nähergebracht werden, die in den kommenden Tagen an alle Basler Haushaltungen gehen. Auch auf Plakaten verrät die Volkspartei ihre simplen Rezepte, die im Prinzip einfach gefasste Forderungen wie «Mehr Polizeipräsenz», «Grünflächen erhalten» oder «Steuern senken für alle» sind.

Kriminaltourismus stoppen

Die Sicherheit bleibt ein Kernthema der Basler SVP, die nach eigener Einschätzung das Problem seit Jahren erkannt hat. Auch nach dem Scheitern der eigenen Sicherheitsinitiative fordert die Partei eine weitere Aufstockung des Polizeikorps und mehr Polizeipräsenz in den Quartieren. «Kampf der Gewaltkriminalität statt Bussenterror» muss nach Meinung von Parteipräsident Sebastian Frehner die Zielrichtung sein. Schliesslich will die Basler SVP den Asylmissbrauch verhindern und den Kriminaltourismus stoppen.

Wohnlicher soll Basel dadurch werden, dass die Grünflächen erhalten bleiben. «Basel darf nicht zu einer Betonwüste verkommen», betonte SVP-Vize-

präsident Eduard Rutschmann. Darum setze sich die Partei für den Erhalt der Familiengärten ein.

Auch das Thema Sauberkeit gehört für die SVP zu einer wohnlichen Stadt. Sie fordert deshalb, dass gegenüber Abfallsündern restriktiv vorgegangen und wiederholtes Littering bestraft wird. Rutschmann äusserte auch Befürchtungen, dass die Quartiere ihre Identität verlieren. «Der Erhalt unserer christlich-abendländischen Kultur in allen Quartieren ist zwingend und notwendig», erklärte der Grossrat und lehnte wie auch Parteipräsident Frehner Asylwohnheime in den Quartieren ab. «Das Mass an Multikulti ist insbesondere im Kleinbasel in vielen Quartieren erreicht», so Rutschmann.

Grossrat Oskar Herzig-Jonasch verriet seine Rezepte für «ein attraktives Basel». Die Steuern sollen für alle gesenkt und die Bürokratie abgebaut werden. «Noch immer wiehert der Amtsschimmel in Basel», meinte der Statthalter des Bürgergemeinderats und verwies beispielsweise auf die Öffnungszeiten für Restaurants in Hinterhöfen. Weiter müsse die Wirtschaft entlastet werden, «denn die Wirtschaft ist der Motor unserer Region». Die SVP-Parteipräsidenten Frehner, Rutschmann und Herzig sind überzeugt,

«dass diese Rezepte mithelfen, Basel endlich wieder sicherer, wohnlicher und attraktiver zu gestalten».

Plakat mit Nägelin und Hafner

Gemüse und eine Kochmütze mit dem Baselstab zieren die Plakate zu den drei Themenschwerpunkten. Ein weiteres Plakat zeigt die beiden Regierungskandidaten Lorenz Nägelin (er kandidiert explizit für das Regierungspräsidium) und Patrick Hafner. «Es ist ein gemeinsames Plakat beider SVP-Kandidaten», betonte Parteipräsident Frehner. Er rechnet sich für die Regierungswahlen durchaus Chancen aus: «Wir wissen, dass es nicht ganz einfach wird, aber je nach Konstellation ist ein Regierungssitz in einem zweiten Wahlgang möglich.»

Bei den Grossratswahlen hat die SVP das erklärte Ziel, zwei neue Sitze zu holen, «das ist nach unserer Einschätzung im Kleinbasel und in Grossbasel Ost durchaus möglich», meinte Sebastian Frehner. Die SVP will auch nach den Wahlen Ende Oktober die stärkste bürgerliche Fraktion bleiben und sie will den Abstand zur SP prozentual verringern. «Wir hoffen natürlich, dass die SP bei den kommenden Wahlen viele Wählerstimmen verliert», wünscht sich der SVP-Parteipräsident.

Staatsanwaltschaft erhält 3 statt 30 Stellen

CVP-Grossrat Lukas Engelberger kritisiert den Entscheid als unbefriedigend und zu wenig wirkungsvoll

Von Mischa Hauswirth

Basel. Es ist keine heisse Neuigkeit, eher ein ärgerlicher Zustand, der schon mehrere Monate andauert: Die Strafverfolgungsbehörden sind massiv überlastet. Obwohl dies der Erste Staatsanwalt Alberto Fabbri (CVP) im März im Rahmen der Präsentation der Kriminalstatistik in aller Klarheit formuliert hat, handelt die Regierung erst heute. «Ich habe der Gesamtregierung den Antrag gestellt, drei ausserordentliche Staatsanwälte mit total 230 Prozent zu bewilligen», sagt Justizdirektor Hanspeter Gass (FDP) gegenüber der BaZ.

Gass geht zwar davon aus, dass diesem Antrag heute zugestimmt wird, will aber der Abstimmung nicht vorgreifen. Zu den Motiven, warum die Regierung jetzt den Strafverfolgungsbehörden unter die Arme greift, sagt der Sicherheitsdirektor: «Wir haben kein Interesse daran, dass Verfahren nicht zügig bearbeitet werden können und es allenfalls zu Verjährungen kommt, bevor die Strafuntersuchungen abgeschlossen sind. Wir reagieren, weil ein Bedürfnis zum Handeln besteht.»

Der Unterbestand bei der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft beschäftigt die Politik schon länger. An-

fang Juni hatte der CVP-Grossrat Lukas Engelberger einen Vorstoss eingereicht, in dem er die Regierung um eine Einschätzung der Situation bat. Diese Lagebeurteilung liegt nun also vor. Aus der schriftlichen Anfragebeantwortung geht hervor, dass mit der Einführung der neuen Strafprozessordnung 2011 Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei mehr Kompetenzen erhalten haben und daraus ein zusätzlicher Arbeitsaufwand resultiert – Feststellungen, welche die Staatsanwaltschaft und Strafverfolgungsbehörden schon seit Monaten machen.

Viele Verfahren, wenig Leute

Als Grund der Zunahme nennt die Regierung hauptsächlich «die Anforderungen an das Vorverfahren» und «eine Verschiebung der Beweiserhebung von den Gerichten zur Staatsanwaltschaft». So müssten die Ermittler neu Konfrontationseinvernahmen durchführen, die früher meistens erst vor dem Gericht durchgeführt worden seien, heisst es etwa in der Regierungsantwort.

Erstmals erhält die Öffentlichkeit auch einen Einblick in das wahre Ausmass des Pendenzenberges bei der Kripo. Waren bis Ende 2010 3882 Verfahren noch in Bearbeitung, so waren es

Ende 2011 bereits 4783 (+23 %) und Ende Juli 5226. Für die Staatsanwaltschaft selber sei aber weniger die Verjährung ein Problem. Eher «würden Verfahren, bei denen nicht schnell ein Ermittlungsansatz zu erkennen ist, wegen fehlenden personellen Möglichkeiten teilweise nicht in die polizeiliche Ermittlung aufgenommen, obwohl sich die Täterschaft eventuell feststellen liesse», schreibt die Regierung.

Zwar hat Alberto Fabbri schon im März darauf hingewiesen, dass er 30 Mitarbeiter mehr bräuchte, wenn er die Pendenzen wirkungsvoll abbauen wolle, Hanspeter Gass sowie der Rest der Regierung sind jedoch bislang nicht darauf eingegangen. Stattdessen haben sie bei der Uni Bern eine wissenschaftliche Überprüfung in Auftrag gegeben. Diese soll abklären, ob bei der Kriminalpolizei tatsächlich eine Personalaufstockung angezeigt ist oder ob allenfalls Strukturverbesserungen nötig wären.

Wie aus Ermittlerkreisen zu vernehmen ist, kämpft die Kriminalpolizei nicht nur mit einer grossen Masse von Fällen, sondern auch mit Anwälten, die als «reglechte Verhinderer der Wahrheitsfindung» auftreten und durch ihre Aktivitäten die Verfahren unnötiger-

weise komplizieren sowie die Kosten in die Höhe treiben.

Schon mehrmals hat Fabbri im Zusammenhang mit der Personalfrage darauf hingewiesen, dass er bei der heutigen Situation um die Wirksamkeit der Strafen fürchte, wenn zwischen Delikt und Sanktion zu viel Zeit vergehe. Fabbri: «Bei der Diskussion über stärkere Polizeipräsenz und beim Ruf an die Justiz nach härterer Gangart wird zu wenig daran gedacht, dass nicht nur die Möglichkeit des Erwischtwerdens abschreckend wirkt, sondern auch wenn die Strafe dem Delikt auf dem Fuss folgt.» Ausserdem sei es auch für die Opfer sehr wichtig, dass eine Straftat aufgeklärt werden könne, sagt Fabbri.

«Deutlicheres Signal gewünscht»

Kein gutes Haar an der Vorgehensweise des Regierungsrates lässt Lukas Engelberger. Er begrüsst zwar, dass drei ausserordentliche Staatsanwälte eingestellt werden, doch sagt er: «Für mich ist der Ansatz, zuerst auf ein Gutachten zu warten, sehr unbefriedigend. Offensichtlich hat man nicht erkannt, dass dringender Handlungsbedarf besteht», sagt Engelberger.

Hinter den Nutzen dieser Massnahme setzt der CVP-Grossrat Fragezei-

chen. Er glaubt nicht, dass die drei zusätzlichen Staatsanwälte viel bringen werden. Zur Forderung der 30 zusätzlichen Stellen für die Kriminalpolizei sagt Engelberger: «Ich sehe keinen Anlass, an der Zuverlässigkeit und Korrektheit der Forderung des Ersten Staatsanwaltes zu zweifeln. Es wurde immer glaubwürdig hergeleitet, warum diese Aufstockung notwendig ist.»

Auch Lukas Engelberger verweist auf den Aufgabentransfer von den Gerichten zur Staatsanwaltschaft und den damit verbundenen Mehraufwand. Es dürften keine Fälle verjähren, nur weil es bei der Strafverfolgung zu einem Stau in der Geschäftserledigung gekommen sei, sagt Engelberger. Und er ergänzt: «Ich hätte mir vom Regierungsrat ein deutlicheres Signal zu einer schnellen Erledigung der Fälle gewünscht.»

Engelberger fordert die Regierung auf, den Mehrbedarf ernst zu nehmen und rasch zu handeln. «Es wäre sicherlich falsch, bis 2014 zu warten», sagt Engelberger. Ausser der Regierung könne das niemand anderes so rasch und unbürokratisch tun, denn bis ein solcher Beschluss vom Grossen Rat gefasst und er in Kraft treten würde, würde viel Zeit vergehen.